



Anzeige



[Nachrichten](#) [Markt](#) [Community](#) [Service](#) [Programm](#) [Finder](#) [Essen&Trinken](#)

Der Tagesspiegel

- * Tagesinhalt
- * Thema des Tages
- * Politik
 - * Innenpolitik
 - * Außenpolitik
 - * Politische Literatur
- * Dritte Seite
- * Meinung
- * Berlin
- * Brandenburg
- * Wirtschaft
- * Sport
- * Kultur
- * Wissen & Forschen
- * Interaktiv
- * Medien
- * Aus aller Welt
- * Weltspiegel
- * Sonderseiten
- * Serien

Archiv

- * Tagesspiegel-Suche
- * Jahresüberblick
- * Rechercheauftrag
- * Genios-Archiv

Service

- * Anzeigenmarkt
- * Abonnement
- * Impressum
- * Mediadaten



www.berlin-ticket.de



Nachrichten : Politik : Innenpolitik
[28.07.2001](#)

Klage der Radartechniker

"Die Bundeswehr hat nichts getan, um ihre Leute zu schützen" - Interview

Rechtsanwalt Geulen verlangt Schmerzensgeld für seine Mandanten

Reiner Geulen (58) vertritt als Rechtsanwalt die vermutlich röntgenverstrahlten Radartechniker der Bundeswehr.

Wie begründen Sie Ihre Forderungen nach Schadenersatz und Schmerzensgeld für vermutlich röntgenverstrahlte frühere Radartechniker der Bundeswehr?

Es ist unbestritten, dass die Radartechniker teilweise in unmittelbarer Nähe der Strahlenquellen gearbeitet haben. Einige waren nach Schätzungen von Wissenschaftlern um das 500- bis 1200fache der höchstzulässigen Strahlung pro Jahr ausgesetzt - und dies über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Es gibt Dokumentationen, die zeigen, dass inzwischen über die Hälfte an Krebs erkrankt sind, die meisten an Leukämie.

Die Bundeswehr behauptet, die Risiken seien damals nicht bekannt gewesen ...

Die Strahlungsrisiken waren seit jeher öffentlich und auch der Bundeswehr bekannt; die Bundeswehr hat trotzdem nichts getan, um ihre Beschäftigten zu schützen.

Geht es Ihnen als Anwalt jetzt um Renten oder um Schmerzensgeld?

Bis heute sind die Betroffenen nicht als berufsunfähig anerkannt und beziehen nur eine kleine Rente. Die Bundeswehr muss ihnen eine angemessene Rente bezahlen, dazu ein Schmerzensgeld in erheblicher Höhe. Etwa 350 Radartechniker sind krebskrank, 65 an diesen Krankheiten verstorben.

Wo machen Sie Ihre Forderungen geltend?

Wir können die Ansprüche gegen die Bundeswehr durch Klagen vor dem Landgericht Berlin durchsetzen. Ferner haben wir Klage gegen die Elektronikkonzerne in den USA vorbereitet, die Radaranlagen produziert haben. Die Ansprüche müssen bis Herbst anerkannt werden. Wir sind auf Klageerhebung im September vorbereitet.

Was bieten Sie dem Verteidigungsministerium statt einer Klage an, und wie reagiert es?

Wir wollen eine gütliche Einigung. Der Verteidigungsminister hat mit einem inhaltlichen und ausweichenden Schreiben reagiert. Anerkannt wurde kein weiterer Fall, und Zahlungen wurden nicht in Aussicht gestellt. So treibt der Minister die Soldaten in eine gerichtliche Klage. Er wird diese Strategie nicht lange durchhalten können.

Das Gespräch führte Claudia Lepping.

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © Tagesspiegel Online Dienste Verlag GmbH